

Extrablatt

Für Toleranz



Preis: 1 Euro (Spende) - Nr. 1, Kiel Juni 2007

Kommentar

Politisch korrekt

Es gibt eine Sache, die ist noch schlimmer als politische Verantwortungslosigkeit: Politische Korrektheit. Für Nichtraucherschutz zu sein ist unter den Angehörigen der Regierungsparteien in Berlin und Kiel ungefähr so selbstverständlich, wie gegen Fußpilz zu sein. Beides ist zwar in einer Demokratie erlaubt, zumindest Erstgenanntes sollte man jedoch auch begründen können. Allein daran hapert es allerdings, denn wer den Nichtraucherschutz ins Feld führt, glaubt in der Tendenz, schon des löblich scheinenden Zieles wegen, auf weitere Argumentation verzichten zu dürfen.

Passivrauchen ist gefährlich. So einfach ist das. Was schert es schon, wenn solche Aussagen wissenschaftsmethodisch arg wacklig daherkommen und beliebte Betätigungen wie Autofahren ebenfalls gefährlich sind, aber geradezu ausschließlich im öffentlichen Raum ausgeübt werden dürfen. Der politische Mainstream ist mit den Nichtrauchern und sieht über derlei Differenzierungen locker hinweg. Mehr noch: Schon haben die Hohen Priester der Gesundheitspolitik ein weiteres Betätigungsfeld entdeckt und fordern eine Süßigkeitssteuer, weil die Deutschen zu dick sind.

Gräuslich die Vorstellung, was da noch alles kommen könnte. Prohibition, weil es zu viele Schrumpflebern gibt? Ein Verbot von Grillwürstchen wegen erhöhter Krebsgefahr? Handsteuer zur Verringerung von Strahlenbelastung?

Sage keiner, solche Befürchtungen seien aus der Luft gegriffen. Wenn der Zeitgeist auf der Welle der politischen Korrektheit reitet, reißt er alles mit. Alles. (ar)



Genuss pur - demnächst aber nicht mehr in der Kneipe, wenn es nach den Politikern geht.



Rechnung ohne den Wirt

Nichtraucherschutz: Gesellschaft muss ohne Verbote auskommen - FDP für Freiheit der Gastronomen

Der Gesetzesentwurf setzt ausdrücklich auf Denunziation: Dass es soweit kommen könnte, hat gewiss nicht an der Offenheit der Dehoga Toleranzaktion gelegen. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband lud Befürworter und Gegner eines Rauchverbots in der Gastronomie gleichermaßen zu seiner Podiumsdiskussion über dieses Thema ein, um der Politik ein Stimmungsbild zu bieten. Die SPD jedoch sagte offiziell „aus Termingründen“ ab, die CDU gab gar offen zu, dass aus ihrer Sicht kein Gesprächsbedarf mehr zu diesem Thema bestehe.

Was das Wahlvolk von solcher Zurückhaltung der Kieler Regierungsparteien hält, war unmissverständlich auf Transparenten Gaardener Wirte in der TraumGmbH zu lesen, wo zumindest auf dem Podium die Kritiker einer Überregulierung in der Gastronomie deutlich in der Überzahl waren. Lediglich die Grüne Monika Heinold bekannte sich zu einem Rauchverbot in Diskotheken, Restaurants und Gaststätten, betonte sogar, dass ihr der Gesetzesentwurf



Arroganz der Macht: Bei der Podiumsdiskussion des Dehoga fehlten SPD und CDU.

der schwarzroten Koalition nicht weit genug gehe. Grund: Die vorgesehene Ausnahmeregelung, das Rauchen in separaten Räumen zuzulassen, unterlaufe den Gesundheitsschutz des Personals. Passivrauchen könne nach wissenschaftlichen Erkenntnissen dem Körper Schäden zufügen.

Pure Panikmache sind solche Argumente für Prof. Günter Ropohl, Ingenieur und habilitierter Philosoph und Soziologe. Die Behauptung des Deutschen Krebsforschungszentrums, dass hierzulande jährlich 3300

Menschen an Passivrauchen sterben, bezeichnete Ropohl als Ergebnis von „spekulativen Zahlenspielerien, die irgendwelche statistischen Daten in einen fragwürdigen Zusammenhang bringen“. Tatsächlich gebe es nicht einen seriösen Beweis dafür, dass auch nur ein einziger Todesfall auf Umgebungsrauch zurückgeht.

Christoph Lövenich Vorsitzender des Vereins Netzwerk Rauchen betonte, dass bislang noch keine Messung der Innenluft in gastronomischen Einrichtungen eine Überschrei-

itung von Grenzwerten ergeben habe. „Sorge um die schiere Existenz“ äußerte DEHOGA-Kreisvorsitzender Peter Meincke. Kleine Betriebe könnten massive Umsatzrückgänge erleiden - ohne jede Not. Aus langer Erfahrung heraus könne er berichten, dass Raucher und Nichtraucher ihre Interessen oft geradezu „freundschaftlich“ in Einklang bringen.

Verständnis für ihre Sorgen fanden die Gastronomen bei der politischen Opposition. „Warum lassen wir das nicht die Gastwirte entscheiden?“, fragte Heiner Garg von der FDP-Landtagsfraktion. Schließlich werde niemand gezwungen, Lokale aufzusuchen, in denen geraucht wird. Und die Gastronomen würden schon aus betriebswirtschaftlichem Interesse mehr Nichtraucherbereiche ausweisen, wenn der Bedarf geäußert wird.

Rüdiger Schulze vom Südschleswigschen Wählerbund führte grundsätzliche Argumente ins Feld. Der Nichtraucherschutz sei ein klassisches Gebiet, auf dem die Gesell-

schaft zu beweisen habe, „dass sie in der Lage ist, auch ohne Verbote auszukommen“. Doch die Hoffnung war in der Runde begrenzt. Prof. Ropohl sprach von einem „Gesundheitsfaschismus“, der ohne Rücksicht auf Fakten vorgebe, was den Menschen gutzutun habe. Die vorgesehene Überwachung des geplanten Rauchverbots geht aus Sicht der Kritiker in diese Richtung. Mehr Personal ist nach dem Entwurf der Koalition nicht vorgesehen, stattdessen setzt man bei Verstößen auf Hinweise von nichtrauchenden Gästen. „Das ist die Aufforderung zur Denunziation“, sagte FDP-Politiker Garg.

Vielleicht aber haben die schwarzroten Gesundheitspolitiker am Ende die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Christoph Lövenich zitierte Beispiele aus Nachbarländern, in denen das Rauchverbot gilt und die Glimmstägel trotzdem munter glühen: „In vielen Gaststätten werden zumindest zu vorge-rückter Stunde die Gesetze ignoriert, und die Schwarzgastronomie blüht.“ (ar)

Inhalt:

Überschätztes Risiko:
Passivrauchen Seite 2

Diskos sind keine
Giftküchen Seite 3

Auf in den Kampf ihr
Gastronomen Seite 3

Ich bin froh, dass ich
kein Dicker bin Seite 4

Verfassungswidrig und undemokratisch

Scharfe Worte: Viel Applaus für Rede von DEHOGA-Präsident Peter Bartsch

„Ich halte ein Rauchverbot in unserer Branche für verfassungswidrig und undemokratisch“, sagte Peter Bartsch auf der DEHOGA-Jahresversammlung des Kreisverbandes Dithmarschen. Der Präsident des DEHOGA SH, der mit großer Mehrheit auch im Kreisverband wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde, erhielt viel Applaus für seinen Vortrag. Er sprach vor allem über den Zigarettenkonsum, der seiner Meinung nach „libe-

ral zu handhaben“ sei. Bartsch weiter: „Wir brauchen individuelle Regelungen und keine Entscheidungen von oben.“ Mit Nachdruck argumentierte er: „Die Gäste und der Markt regeln, was gewünscht wird. Das Gastgewerbe spricht sich für Toleranz aus. Raucherlogen haben genauso ihre Berechtigung wie Nichtraucherzonen.“ Auch dies wurde mit starkem Beifall bedacht. Inzwischen hat die Feststellung auf dem DEHOGA

Flugblatt, dass die Schädlichkeit des Passivrauchens wissenschaftlich umstritten sei, in der Öffentlichkeit zu heftigen Diskussionen geführt. Leider haben weder Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht noch andere Politiker zu dieser These eine inhaltliche Gegenmeinung geäußert. Der Entrüstung sollten eigentlich Argumente folgen. Die gab es bisher nicht. Zur Podiumsdiskussion in Kiel erschien Trauernicht erst gar

nicht. Hat sie gemerkt, dass ihre einzige Informationsquelle, das DKFZ, möglicherweise unwissenschaftlich gearbeitet hat und inzwischen immer mehr ins Zwielficht gerät?

Im Rahmen der Toleranzaktion ist von den Gastwirten die Forderung an die Politiker laut geworden, ein unabhängiges Expertengremium zur Untersuchung der Schädlichkeit des Passivrauchens einzusetzen. Warum eigentlich nicht? (ch)



Peter Bartsch: Die Gäste und der Markt regeln, was gewünscht wird.

Das überschätzte Risiko

Professor zum Passivrauchen: Schädlichkeit ist bisher wissenschaftlich nicht bewiesen

Von Günter Ropohl

Ein Gespenst geht um in der Welt, das Gespenst des „Passivrauchens“. Die Erfindung dieses Gespenstes ist „das mit Abstand ärgerlichste und unseriöseste Kapitel der jüngeren Anti-Raucher-Geschichte“ (von der Heydt: Rauchen Sie? Verteidigung einer Leidenschaft, Köln 2005, S. 103).

Niemand hat bislang empirisch belegen können, dass ein Nichtraucher an Umgebungsrauch gestorben wäre. Fast alle Aussagen zur angeblichen Gefahr des „Passivrauchens“ stützen sich auf spekulative Zahlenspielerien, die irgendwelche statistischen Daten in einen fragwürdigen Zusammenhang bringen. Die Ergebnisse, die auf diese Weise errechnet werden, sind nach den seriösen Standards der statistischen Medizin, der Epidemiologie, in keiner Weise aussagekräftig.

Sogar die Weltgesundheitsorganisation räumt in einer Pressemitteilung über eine Untersuchung aus dem Jahr 1998 ein, dass „ein erhöhtes Risiko statistisch nicht signifikant“ sei. In krassem Widerspruch zu diesem Befund behaupten die WHO und das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg das Gegenteil und betreiben eine ständig zunehmende Polemik gegen die angeblichen Gefahren des Umgebungsrauchs. Auch das „WHO-Kollaborationszentrum“ beim DKFZ verbreitet pseudowissenschaftliche Behauptungen, die massiv gegen wissenschaftliche Standards verstoßen (Pötschke-Langer, Hg., Passivrauchen, Heidelberg 2005).

Eine Vielzahl epidemiologischer Untersuchungen haben gezeigt, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Umgebungsrauch und dem Lungenkrebs oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen aus den statistischen Daten nicht gefolgert werden

Zur Person

Professor Dr. Günter Ropohl (68) ist Emeritus der Technikphilosophie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er promovierte 1970 in Stuttgart. Seit 1978 ist er Professor für Philosophie und Soziologie der Technik. Von 1979 bis 1981 leitete er das Studium Generale an der Universität Karlsruhe. Der Universität Frankfurt gehört er seit 1981 an. Dazu war er von 1983 bis 1991 Kursdirektor und Gastdozent am Inter-University Centre Dubrovnik (Kroatien). Gastprofessor war Ropohl 1988 in Rochester am Institute of Technology, Rochester NY (USA) und 1998 an der Universität Stuttgart.

Es ist höchste Zeit, dass hier ein wirklich unabhängiges, fachübergreifendes Forschergremium Klarheit schafft, indem es eine seriöse Technikfolgenabschätzung vornimmt!



kann (z.B. zusammenfassend Estrom und Kabat, in: Inhalation Toxicology 18, 2006, S. 199-210).

Die Tabakgegner versuchen, ihnen widersprechende Untersuchungen mit der Behauptung in Verruf zu bringen, diese würden von der Tabakindustrie bezahlt. In der Wissenschaft aber haben allein die veröffentlichten Ergebnisse Gewicht, weder die Finanzierungsquellen noch die persönlichen Motive der Forscher. Wer das bestreitet, stellt die Wissenschaft unter Generalverdacht, auch die Untersuchungen, auf die er sich selber beruft; denn auch dahinter könnten sachfremde Motive stehen. Übrigens werden die tabakkritischen Einrichtungen mit mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr aus Steuermitteln finanziert. Das sind zehn Prozent der Gewinne, die von der Tabak-

industrie erzielt werden, und so viel gibt die Industrie bestimmt nicht für die Tabakforschung aus. Die Raucher aber unterstützen das Gemeinwesen mit jährlich 14 Milliarden Euro Tabaksteuer und tragen damit 3,3% des Bundeshaushaltes!

Die genannten Untersuchungen haben vor allem häusliche Lebensgemeinschaften in den Blick genommen, in denen der eine Partner nicht raucht, während der andere raucht. In solchen Fällen ist der Nichtraucher starkem Umgebungsrauch ausgesetzt. Wenn schon unter diesen Bedingungen keine negativen Effekte des Umgebungsrauchs nachgewiesen werden können, gilt das natürlich erst recht für öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel und Gaststätten, in denen Nichtraucher bloß ganz gelegentlich winzige Spuren von Tabakrauch aufnehmen.

Die Behauptung, „Passivrauchen“ gefährde die Gesundheit der Nichtraucher, ist eine grobe Irreführung. Es ist geradezu abenteuerlich – und rechtsstaatlich unverantwortlich –, mit einer solchen pseudowissenschaftlichen Erfindung gesetzliche Rauchverbote begründen zu wollen. Es ist höchste Zeit, dass hier ein wirklich unabhängiges, fachübergreifendes Forschergremium Klarheit schafft, indem es eine seriöse Technikfolgenabschätzung vornimmt!

Es wird eingeräumt, dass sich manche Nichtraucher von Umgebungsrauch subjektiv belästigt fühlen. Darum ist es sinnvoll, Schutzzonen einzurichten, in denen Nichtraucher nicht von Umgebungsrauch behelligt werden; das hat sich seit Jahrzehnten bei den Eisenbahnen bewährt. Gleichzeitig aber sind nach wie

vor in öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln und Gaststätten menschenwürdige Raucherbereiche vorzuhalten. Wenn schon alles gesetzlich geregelt werden muss, dann brauchen wir ein Nichtraucher- und Raucher-schutzgesetz.

Raucher wissen um die Risiken, die sie mit ihrem Verhalten für sich selbst eingehen? Und die Gesundheitspolitik muss dieses Risikobewusstsein natürlich fördern. Doch Rauchen ist auch ein großer Genuss, der bei Konsum das psychische Wohlbefinden steigert. Wer Raucher mit sachlich-wissenschaftlich unbegründeten Verboten zu zeitweiligem Rauchverzicht zwingt, vergeht sich gegen ihr psychisches Wohlbefinden und schadet insoweit, gemäss der berühmten Definition der WHO, der Gesundheit der Raucher.

Standpunkt

Grüne reaktionär

Es war einmal eine junge, freche und aufgeschlossene Partei mit einer fortschrittlichen, akzeptierenden Drogenpolitik. Leitsätze: Nicht ausgrenzen, nicht kriminalisieren, sondern beraten. Kontrollierter Konsum als Alternative zur Abstinenz. Dieses Unterscheidungsmerkmal haben die Grünen in den vergangenen Jahren in der Schublade versteckt.

Beim Thema Rauchen ist die Katze aus dem Sack: Allerorten profilieren sich Bündnisgrüne als Verfechter einer Verbotspolitik, die jedem Altgrünen kalte Schauer über den Rücken jagen muss. Passivrauch sei schädlich – und das rechtfertigt alles. Bürgerrechte? Minderheitenschutz? Kein Thema. Selbstbestimmung, emanzipatorischer Ansatz? Kein Thema. Freiheit – was ist das? Monika Heinold, schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete der Grünen, huldigt ihrem Gesundheitswahn, und dazu ist ihr jedes Mittel recht. Repressionskultur statt Basisdemokratie!

Es sollte klar sein, dass die edelsten Ziele – sei es bei der Umwelt oder bei der Gesundheit – ad absurdum geführt werden, wenn man die falschen Mittel zu ihrer Verwirklichung wählt, z.B. Ökofaschismus. Der Weg sollte ein demokratischer, emanzipatorischer sein. Die Grünen sind auf Abwege gekommen – ähnlich wie beim Rauchen in der Ernährungspolitik – und sollten sich besinnen, dass hehre Ziele nicht mit reaktionären Instrumenten angestrebt werden können.

Wer die Dämonisierung des Kiffens bekämpft hat, sollte nicht beim Tabak auf einmal selbst Hass predigen! (ch)

DKFZ-Studie: Der Anfang aller Lügen zum Rauchverbot

Befürworter eines Rauchverbots stützen ihre Forderung auf die angeblich hohe gesundheitliche Gefährdung durch Umgebungsrauch. Diese Annahme basiert maßgeblich auf eine Publikation des „WHO-Kollaborationszentrums“ für Tabakkontrolle beim Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg im Jahre 2005, Leiterin Martina Pötschke-Langer. Es wird die Behauptung aufgestellt, dass jährlich 3301 Menschen an den Folgen des Einatmens von Um-

gebungsrauch ums Leben kämen. Bei dem Band „Passivrauchen – ein unterschätztes Gesundheitsrisiko“ handelt es sich um keine Studie. Hauptsächlich werden Forderungen formuliert, dann Forschungsresultate zitiert, die dem Tabakkontrollzentrum ins Konzept passen. Eigene Berechnungen werden kaum angestellt.

Hierbei werden nur solche Quellen verwendet, die zu dem gewünschten Ergebnis führen, relevante andere Studien jedoch außer Acht gelassen. Sogar eine

US-Studie, deren Ergebnisse bundesgerichtlich wegen wissenschaftlichen Unfugs für nichtig erklärt wurde, wird bedenkenlos als Beleg angeführt.

Auch ohne dieses Vorwissen bleibt die Studie zweifelhaft: So sind laut dieser Studie zwei Drittel der angeblichen 3301 deutschen Opfer über 75 Jahre und älter, wenn sie dem Umgebungsrauch erliegen. Außerdem ist man nicht in der Lage, die Zahl der sog. „Passivraucher“ annähernd konkret anzugeben: Mal ist von

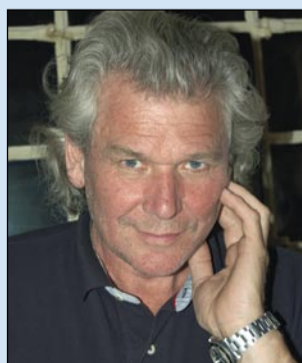
mindestens 20 Millionen erwachsenen Deutschen, dann von mindestens 35 Millionen die Rede. Wer nicht mal auf 15 Millionen Personen genau angeben kann, wie viele Betroffene es überhaupt gibt, dem kann man wohl kaum abnehmen, dass davon exakt 3301 pro Jahr sterben.

Ferner haben Verlautbarungen der Tabakkontrolle wirtschaftliche Interessen im Hintergrund. Man ist auf vielfältige Weise mit Pharmakonzernen wie Pfizer und GlaxoSmithKline verstrickt, die

Unsummen mit Herstellung und Vertrieb von Raucherentwöhnungsmitteln verdienen. Rauchverbote und ein Klima der Ausgrenzung gegenüber Raucherinnen und Rauchern liegen im Geschäftsinteresse dieser Konzerne.

Wie eng die Pharmakonzerne und das DKFZ in Heidelberg verzahnt sind, macht das Beispiel von Pfizers neuem Raucherentwöhnungsmittel „Champix“ deutlich: Kurz vor Markteinführung von „Champix“ gibt das DKFZ eine Pressemitteilung heraus, in der

sie die Erstattung solcher Mittel durch die Krankenkassen fordert. GlaxoSmithKline stoppte den Vertrieb seiner Raucherentwöhnungsspielle „Zyban“ trotz offensichtlicher Gefährdung der Patienten nicht und nahm billigend zweistellige Zahlen an Todesfällen in Kauf. Beim lukrativen Geschäft mit dem Nichtrauchen ist ein ebenso zweifelhafter Markt entstanden, in dem mit Lügen und Manipulation gearbeitet wird, wie ehemals im Reich der Tabakkonzerne selbst. (cl)



Holger Henze, Chef vom legendären Club 68 und Nichtraucher: „Wenn das kommt, gehe ich in den Widerstand. Intoleranz ist das Ende vom Paradies.“



Maja Feddersen, Leiterin des Tan Tamar: „Das ist diskriminierend. Ein Eingriff in die persönlichen Rechte darf nicht sein. Das Rauchverbot ist ein Klassiker für einen Volksentscheid“



Peter Meincke, Geschäftsführer des Hotels Berliner Hof und Nichtraucher: „Ich bin der Überzeugung, dass der mündige Bürger selbst entscheiden muss.“



Sammy Soukhasenm, Barten-der in der Heinrich Bar: „Das Rauchverbot ist eine schlechte Idee, kleine Kneipen könnten daran kaputt gehen. Ich bin für Selbstbestimmung.“



Detlef Schröer, Chef vom Hardenberg: „Der Markt regelt das von selbst. Der Staat sollte sich raushalten und die Gastronomen entscheiden lassen, ob geraucht werden darf.“



Margret Sebastian, Seniorchefin vom Hotel Consul: „Ich bin gegen eine gesetzliche Regelung. In meinem Betrieb haben die Mitarbeiter unter sich geregelt, wo nicht geraucht wird.“